

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 10/002/2010

Kreisausschuss am 08.03.2010

Zu Punkt 10: Stellenplan 2010

KA Wedel dankt der Verwaltung zunächst für die Beantwortung der Anfrage.

Er erinnert an seinen Antrag zum Haushalt 2009 zur jährlichen Einsparung von Personalkosten in Höhe von 250.000 € und erklärt, dass es nicht Sinn und Zweck dieses Antrags war, eine Verschiebung von den Personal- hin zu den Sachkosten zu bewirken. Er bittet deshalb hinsichtlich der Auflösung der Gehaltsstelle um Darstellung, in welcher Höhe nunmehr Erstattungen an die Rheinischen Versorgungskassen (RVK) zu leisten sind.

Außerdem weist er darauf hin, dass Ziffer 2 dieses Antrages (*Der Landrat wird beauftragt, dem Unterausschuss für Personalfragen einen Maßnahmenkatalog zur Deckelung der Personalaufwendungen im Finanzplanungszeitraum vorzulegen.*) bisher nicht umgesetzt wurde.

Schließlich bittet er darum, künftig auf Standardformulierungen bei den Personalaufwendungen wie z.B. „Eine personalwirtschaftliche Maßnahme hat dazu geführt, dass...“ zu verzichten. Stärkere Schwankungen und Veränderungen sollten nachvollziehbar erklärt werden.

Landrat Hendele erläutert, dass Einsparungseffekte u.a. darin begründet seien, dass Mitarbeiter aus den aufgelösten Bereichen „Gehalts- und Beihilfestelle“ auf andere, freie Stellen umgesetzt wurden, die sonst mit externen Bewerbern hätten besetzt werden müssen.

Herr Kohnert sagt ergänzend zu, bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 genau aufzuschlüsseln, in welcher Höhe Personalkosten eingespart wurden und in welcher Höhe nunmehr Sachkosten für die RVK entstehen.

KA Völker beantragt, im Stellenplan eine B 2-Stelle mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen.

KA Dr. Ibold spricht sich nachdrücklich für die Beibehaltung aller B 2-Stellen aus.

KA Lassmann beantragt, die Fachstelle Frau und Beruf zu erhalten und dafür eine ½ -Stelle (vorzugsweise im Bereich der Wirtschaftsförderung) einzurichten.

Im Zusammenhang mit der Anfrage der Fraktion UWG-ME erläutert Herr Kohnert die neuen Regelungen zur Altersteilzeit im voraussichtlich in Kürze in Kraft tretenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Die Möglichkeit der Altersteilzeit soll demnach wieder eingeführt werden, jedoch mit schlechteren Rahmenbedingungen. So dürfen z.B. maximal 2,5 % gemessen an der Anzahl der Gesamtbeschäftigten die Altersteilzeit in Anspruch nehmen. Weitere Anträge haben keine Aussicht auf Erfolg. Da die Konditionen für die Beschäftigten im Vergleich zu den bisherigen Regelungen verschlechtert wurden und der Kreis zudem für die nächsten Jahre die Quote von 2,5 % übererfüllt, ist eine Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte faktisch ausgeschlossen. Um die Gleichbehandlung mit den Beamten zu gewährleisten, soll auch für die Beamten auf die bis zum 31.12.2012 bestehende Möglichkeit, Altersteilzeit zu beantragen, verzichtet werden.

KA Kanschat erklärt, dass sich die Anfrage erledigt hat.

Auf Nachfrage von KA Dr. Ibold erläutern Landrat Hendele und Herr Kohnert das Verfahren der notenabhängigen Übernahme für Auszubildende und legen dar, wie viele Mitarbeiter in Telearbeit arbeiten bzw. wie viele entsprechende Anträge derzeit vorliegen.

Anschließend wird der Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung in die Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2010 verwiesen.

Kreisausschuss am 11.03.2010

Zu Punkt 3.2: Stellenplan 2010

Landrat Hendele erinnert daran, dass die Verwaltung in der Sitzung des Kreisausschusses vom 08.03.2010 um Mitteilung gebeten wurde, in welcher Höhe Personalkosten durch die Aufgabenverlagerung der Personalkostenabrechnung zur Rheinischen Versorgungskasse (RVK) eingespart wurden und in welcher Höhe nunmehr Sachkosten für die RVK entstehen.

Herr Kohnert beantwortet die Anfrage. Die Antwort ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Der Antrag der CDU-Fraktion aus der letzten Kreisausschusssitzung, im Stellenplan eine B 2-Stelle mit einem „kw-Vermerk“ zu versehen, wird wegen Beratungsbedarfs in die Sitzung des Kreistages verwiesen.

KA Lassmann beantragt, die Fachstelle Frau und Beruf zu erhalten und dafür wieder eine ½ Stelle einzurichten.

Landrat Hendele weist ergänzend darauf hin, dass die Aufgabe weiterhin wahrgenommen und lediglich ins Landratsbüro verlagert werden soll. Die Entscheidung, wo eine Aufgabe organisatorisch erledigt werde, falle in die Organisationshoheit des Landrates.

Nach abschließender Diskussion lässt der Landrat über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Antrag:

Die Fachstelle Frau und Beruf wird erhalten. Dafür wird im Stellenplan eine ½ Stelle eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

6 Nein-Stimmen CDU-Fraktion

3 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion

1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE

1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Wegen Beratungsbedarf wird der Stellenplan schließlich ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen.

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Kreistages vom 22.03.2010 finden Sie zur Ergänzungsvorlage 10/002/2010/1.